

Motion Simon Glauser (SVP): Antifa und Anti-WTO-Koordination müssen endlich raus aus der Reitschule!

Die negativen Schlagzeilen rund um die linksextreme Gruppierung Antifa Bern wurden am Montag, 13. Juni 2005, um ein Kapitel erweitert:

Anlässlich eines Vortrages an der Universität Bern wurde SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer (Flaach/ZH) von Aktivisten der Antifa Bern mit brauner Farbe übergossen. Gemäss einer Erklärung des so genannten „Antifaschistischen Malkollektiv Mittelland“ wollten die Aktivisten mit dieser skandalösen Aktion verhindern, „dass dem rassistischen Demagogen ein Podium geboten wird“.

Diese Aktion ist nur die Spitze des Eisbergs: Immer und immer wieder machen Gruppierungen der linksextremen Szene, die ihren strategischen und logistischen Sitz in der Berner Reitschule haben, mit negativen Schlagzeilen von sich reden. Dazu gehören namentlich die „Antifa Bern“ (bis vor kurzem auf der Website der Reitschule Bern noch als „Arbeitsgruppe“ aufgeführt) sowie die „Anti-WTO-Koordination“ („Die Berner Gruppe der Anti-WTO Koordination ist eng verknüpft mit dem autonomen Kulturzentrum Reitschule.“ www.anti-wto.ch).

Nebst diffamierenden und diskriminierenden Texten und Beiträgen (die u.a. auch in der Reitschulzeitung „Megafon“ publiziert werden) geht die Koordination, Organisation und Durchführung zahlreicher unbewilligter und bewilligter Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen – die bekanntlich nicht selten gewaltsame Ausschreitungen zur Folge haben – auf das Konto dieser Gruppierungen.

Gemäss Artikel 3ff des Leistungsvertrages zwischen der Stadt Bern und der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) umfasst das von der Stadt Bern unterstützte Angebot folgende Aktivitäten bzw. Einrichtungen: Bee-flat, Cafeteria, Dachstock, i-Fluss, Frauenraum, Kino, Remise Körper Dojo, Sous le pont und Tojo Theater.

Die Aktivitäten der Antifa und Anti-WTO-Koordination gehören ganz klar nicht zu diesem Angebot und sind im Leistungsvertrag auch nicht aufgeführt. Der Urheber dieser Motion kann sich auch nicht vorstellen, dass es tatsächlich im Sinn der Stadt Bern sein soll, dass solche Aktionen, wie sie einleitend in dieser Motion genannt wurden, von der Stadt Bern unterstützt und mit Steuergeldern mitfinanziert werden. Die Aktivitäten und Ziele dieser Gruppierungen haben rein gar nichts mit der Erbringung von kulturellen oder sozialen Leistungen zu tun!

Der Gemeinderat wird hiermit beauftragt, umgehend dafür zu sorgen, dass den beiden Gruppierungen „Antifa“ und „Anti-WTO-Koordination“ per sofort keinerlei Leistungen (Infrastruktur, Räumlichkeiten, Logistik etc.) in der Berner Reitschule mehr zur Verfügung stehen. Dem Stadtrat ist ein entsprechender Bericht über den Vollzug dieser Massnahmen vorzulegen.

Bern, 16. Juni 2005

Motion Simon Glauser (SVP), Peter Bernasconi, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Peter Bühler, Thomas Weil, Margrit Thomet, Erich J. Hess, Erich Ryter

Antwort des Gemeinderats

Die Motion betrifft einen Gegenstand in der Zuständigkeit des Gemeinderats, der über die Anwendung des Leistungsvertrags wacht, sollte sie vom Stadtrat überwiesen werden, hätte sie folglich den Charakter einer Richtlinie.

Der Gemeinderat bedauert und verurteilt jede Aktion, welche die Meinungsäusserungsfreiheit beeinträchtigt, so auch das in der Motion erwähnte Geschehen.

Dem Gemeinderat ist bekannt, dass in der Zeitschrift „Megafon“ einzelne Beiträge erschienen sind, die in teilweise undifferenzierter und polemischer Art politische Stellung beziehen. Abgesehen von der Stossrichtung unterscheiden sich solche Beiträge bedauerlicherweise allerdings nicht von Verlautbarungen anderer Gruppierungen mit unterschiedlicher politischer Auffassung.

Soweit dem Gemeinderat bekannt, besteht derzeit in der Reitschule keine Arbeitsgruppe zum Thema Antifaschismus und Anti-WTO. Zweifellos entsprechen aber die Wachsamkeit gegenüber neofaschistischen Tendenzen und die Skepsis gegenüber negativen Folgen der Globalisierung der erklärten Kultur der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKUR). Diese Haltung wird von einem nicht geringen Teil der Schweizer und Berner Bevölkerung mitgetragen. Solange sie im Rahmen des Rechts und der allgemein anerkannten Formen der politischen Auseinandersetzung ausgedrückt wird, handelt es sich um die Ausübung eines Grundrechts und es besteht kein Grund, sie einzuschränken.

Dies gilt auch in Bezug auf die Reitschule. Auch wenn sich der Leistungsvertrag auf keinerlei explizite politische Arbeit bezieht, schliesst der Charakter der Reitschule als Kulturort und Begegnungszentrum die Beschäftigung mit dieser Thematik nicht aus. Es ist deshalb nicht verboten, dass sich in der Reitschule Gruppierungen zu dieser Frage treffen, wenn sie sich – wie dargelegt – an die allgemeingültigen Regeln halten. Aus diesem Grund besteht kein Anlass, im Sinne der Motion zu handeln. Hingegen ist es notwendig, entschieden gegen die Verletzung der genannten Bestimmungen vorzugehen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 14. Dezember 2005

Der Gemeinderat